

Hohes Gericht,

Hiermit möchte ich Ihnen, hohes Gericht, meine Stellungnahme, die ich hier unter bestimmten Titeln niedergeschrieben habe und deren Inhalt meine demokratisch-sozialistische Meinung umfasst vortragen.

DIE WELT UND DER NAHE OSTEN

Unsere Welt ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts bis zur heutigen Zeit wegen der Unterdrückung der Völker durch das imperialistische-kapitalistische System in eine ernsthaft bedrohliche Lage geraten.

In den 1990er Jahren haben bestimmte "Kreise" anspruchsvoll die Meinung vertreten, dass "die vielpolarisierte Welt in eine einpolige Welt umgewandelt worden ist". Diese "Umwandlung" nannten sie "Neue Weltordnung". Ihre Theorien brachten hervor, dass diese "Neue Weltordnung" eine

klassenlose Welt ohne Kriege sein wird. Es hat sich bald darauf als Irrtum herausgestellt.

Die herrschenden Kräfte der Welt unter der Führung der USA kehrten nach kurzer Zeit von einer einpoligen Welt erneut zu einer zweipoligen Welt zurück.

Die USA, EU (Europäische Union) und BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) haben die Welt ausschließlich in drei wichtige "Lager" unterteilt.

Dem Bündnis der kapitalistisch-imperialistischen Mächte lag der Plan für die erneute Herrschaft über die Welt und die erneute Weltmarktteilung zugrunde.

TEILUNGSKRIEGE

Die USA, die sich gegen Ende des ersten Weltkrieges den alliierten Staaten angeschlossen hatten, haben zugleich gezeigt, dass sie ein Kandidat für den neuen Weltherrschaftskrieg war. Die Prinzipien Wilsons waren Beweise für diese Argumentation.

Andererseits hat die sowjetische Revolution dem russischen Zarentum ein Ende gesetzt und infolge dessen bot sie sich den Völkern als eine Inspirationsquelle für deren Ziele an und sie nahm in der Region neben den Hauptakteuren ihren Platz ein.

Deutschland hatte eine Niederlage erlitten. In den 1930er Jahren hat es zugleich einen neuen Teilungskrieg angezettelt. Der Bürgerkrieg in Spanien, die Besatzung Chinas durch Japan und die Askoi-Bewegung in Fernost, die Schwärmerei in der Türkei für Deutschland (das rührt her von "İttihat ve Terakki/ osmanischer Bund und Fortschritt) und die vorangetriebenen Beziehungen zum faschistischen Italien waren ein Vorbote für die Suche nach einem neuen Gleichgewicht in der Region.

Die alten Mächte der Konvention und der Allianz wollten eine kurze Zeit nach dem ersten Teilungskrieg ihre offenen Rechnungen nunmehr durch den 2. Teilungskrieg erledigen.

Im Ergebnis wurden die alten Unterlegenen erneut besiegt. Und die Türkei hat sich in diesem Krieg angeblich neutral verhalten, aber eine kurze Zeit vor Beendigung des Krieges galt die Türkei auch als besiegt, weil sie sich in die Reihe Deutschlands gestellt hatte.

Die Beziehungen des türkischen Staates zum deutschen Faschismus ähneln dem TÜRKEI-IS-Verhältnis der letzten drei Jahre. Auch der damalige "Nationalchef" İsmet İnönü hat die damaligen Beziehungen stets abgelehnt und bevor der Krieg zu Ende ging, hat er die Entscheidung über die Teilnahme am Krieg auf deutscher Seite bekanntgegeben.

Und jetzt erlebt Tayyip Erdoğan, der danach strebt, ein „Neuer Osmanischer Sultan“ zu werden, mit dem IS eine ähnliche Situation.

Der 2. Teilungskrieg hat verheerende Folgen mit sich gebracht. 60 Millionen Menschen, darunter 26 Millionen sowjetische Bürger, haben ihr Leben verloren. Ca. 6 Millionen Juden wurden in den Öfen verbrannt. Die Städte wurden dem Boden gleichgemacht und mehrere Länder gingen bankrott. Der Krieg wurde nach 1943 unter Führung von Hitler gegen die Sowjetunion fortgesetzt. Das sowjetische Volk hat gegen die faschistischen Kräfte heldenhaft Widerstand geleistet und das sowjetische Heer hat am 5. Mai 1945 Hitler besiegt und dem Krieg ein Ende gesetzt. Dank der Sowjetunion ging die Befreiung Europas von Krieg und faschistischen Grausamkeiten in die Geschichte ein. Diese errungene Leistung durch die demokratischen Kräfte hat weltweit eine neue Lage herbeigeführt.

Als Ausgleich für das den Juden zugefügte Leid und den verübten Genozid an den Juden, die diese in der Kriegszeit durchgehend in den Konzentrationslagern erlitten haben, wurde im Sinne einer Wiedergutmachung im Jahr 1948 ein israelischer Staat auf palästinensischem Boden gegründet. Der israelische Staat bestand nicht allein aus der Eigenschaft eines Staates, sondern er wurde ein "Revier" für die USA am Mittelmeer. Der Staat Israel, der durch Gewalt palästinensischen Boden eingenommen hatte, hat im Laufe der epochalen Zeit in den eroberten Regionen tausende Palästinenser ermordet und ihr Land enteignet.

Innerhalb der hergestellten Gleichgewichte hat die Sowjetunion enorme Erfolge erzielt. Um die Sympathie für den Sozialismus zu verhindern und die Sowjetunion in Nahost und im Mittelmeerraum zu blockieren, wurde am 4. April 1949 der militärische Pakt "NATO" gegründet. Nachdem die Türkei im Jahr 1950 Soldaten nach Korea gesandt und für die USA an dem Krieg teilgenommen hatte, wurde die Türkei in die NATO aufgenommen und sie hat dann als zukünftiges "Revier" Aufgaben für den US-Imperialismus übernommen.

DAS PROJEKT "GRÜNE ZONE"

Das "Projekt Grüne Zone" ist ein Projekt der USA, das mit der der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion im Jahr 1979 auf die Tagesordnung kam. Das Hauptziel dieses Projektes umfaßte den Plan, die Expansion des damaligen Russlands nach Süden, an der "Südfront" zu stoppen, Afghanistan zurückzuerobern und von dort aus den Nahen Osten erneut zu `designen`. Dafür wurde der liberale Islam als Mittel zum für dieses geplante Projekt eingesetzt.

Zur Durchführung des "Projektes Grüne Zone" sollte der Islam umfangreicher politisiert und gegen die "kommunistische Gefahr" radikalisiert werden. Diese Vorgehensweise war ein erster Schritt.

Die USA bildeten radikale islamische Vereinigungen, um in den erdölreichen Gebieten ein Chaos durch einen heftigen Glaubenskrieg zu entfachen, den Zustand erneut zu `designen` und den Einfluss der Sowjetunion zu brechen. Im Prinzip war das ein NATO-Projekt. Die Vereinigungen "Al Kaida" und "Taliban" sind eindeutige Beispiele dafür.

DAS NEUE-WELTORDNUNG-PROJEKT

Die Umwandlung der Sowjetunion in den bürokratischen Kapitalismus und die Ausweitung der imperialistischen Bestrebungen gegen Ende des Jahres 1959 ist in den 1988er Jahren in eine ernsthafte Änderungsphase eingetreten. Die USA setzten der "Glasnost-Perestroika"-Politik die "Neue Weltordnung" entgegen.

In jener Zeit hat die USA die Besetzung Kuwaits durch den Irak als Vorwand genutzt und den Golfkrieg erklärt. Dabei wurde Saddam, der ehemals gegen den Iran unterstützt wurde, zur Zielscheibe gemacht und leistete Unterstützung bei der Bildung der Regionalregierung Südkurdistans.

Dieses Projekt wies darauf hin, dass auch die Kurden sich bei der neuen regionalen Allianz beteiligen sollten. Bei diesem Projekt, das von den USA konstruiert und von Saudi-Arabien unterstützt wurde, bildete sich allmählich ein assoziativer Block, in dem die Republik Türkei und die Kurden durch die KDP* (*Demokratische Partei Kurdistans) vertreten waren. Im Laufe der Zeit wurde deutlich, dass auch Israel in diesem Block einflussreich vertreten ist.

Im Jahr 1999 beabsichtigte Washington, in Syrien einen neuen Krieg zu entfachen. Der PKK-Führer Abdullah Öcalan wurde durch ein internationales Komplott mit Unterstützung Israels dem türkischen Staat übergeben und derweil wurden der Angriff und der Krieg gegen Syrien eingestellt und die zentrale Kriegsarena wurde nach Afghanistan und in den Irak verlegt.

Durch das "große Nahost-Projekt" haben die USA einen neuen Angriff gestartet. Nachdem Erdoğan als "Co-Präsident" beauftragt wurde, wurde die Türkei in das Projekt einbezogen.

DAS "NEUE OSMANISCHE PROJEKT DER TÜRKEI"

Die Türkei, die bestrebt ist, über das gemäßigte islamische Modell in der islamischen Welt Einfluß zu nehmen, hat dafür im Inland neue Regulierungen eingeführt. Die AKP hatte erklärt die "Kopenhagener Kriterien" zugrunde zu legen und behauptet, dass sie die "Demokratisierung" veranlassen würde, tatsächlich aber etablierte die AKP ein noch totalitäres Regime.

Die AKP, die danach strebt, dass der Islam in der neuen Ära eine herrschende Macht wird, hat den kemalistischen Einfluss innerhalb des Staates ausgeschaltet. Sie hat damit begonnen, zunächst das türkische Heer neu zu formieren und eine Liquidierungsaktion durchgeführt. Mit der Durchsetzung sogenannter "Ergenekon- und Balyoz-Prozesse" hat die AKP im türkischen Heer diejenigen, die gegen die AKP waren, unterdrückt und sie verurteilen lassen. In der Folgezeit aber hat sie sich mit diesen wieder geeinigt und von der Durchführung der Gerichtsverfahren abgesehen. Sie hat die MÜSİAD mithilfe des Staates direkt in das neue „Osmanische Projekt“ einbezogen und direkt am Kapital beteiligt.

Sie hat mithilfe der Länder Irak, Syrien, Ägypten und Libyen regionale Politik betrieben. Über die "antikurdische Schiene" hat sie sich dem Iran angenähert und ihre Beziehungen zu Israel abgebrochen. Sie hat bei der Bildung und Aufstellung von radikalen Kräften im Irak, die später zum IS umformiert wurden, eine entscheidende Rolle gespielt.

Die Türkei, die mit der neuen "Osmanismus-Vorstellung" eine neue Außenpolitik betreiben, wollte suchte im Verlauf der Ereignisse des "Arabischen Frühlings" neue Optionen. So wurden in der Türkei für NATO-Operationen in Libyen Stützpunkte zur Verfügung gestellt. Dadurch wurden die islamistischen Kräfte unterstützt.

Sie hat die "Muslim-Brüder" in Ägypten unterstützt und glaubte so ihren Einfluß in der Region auszudehnen. Aber mit der Unterstützung Saudi-Arabiens und der USA wurde durch einen Putsch Sisi an die Macht gebracht und dadurch hat das "osmanische Projekt" an dieser Front Verluste erlitten.

Auch in Syrien wurde wie in Libyen durch eine "künstliche" Opposition ein Bürgerkrieg angezettelt und aufgrund der Vorgänge in dem Gebiet entstand dann ein Wendepunkt. Bis zu dem Zeitpunkt verhielt sich Russland gegenüber den politischen Vorgängen in dem Gebiet sehr passiv und mischte sich dann doch aktiv ein. Und der Iran, der in Irak und in Libanon aktiv präsent war, hat seine Militärpräsenz auch in Syrien erhöht.

Die Strategie, die auf Assads Sturz und Gründung eines islamischen Staates basierte, erlitt ihren ersten Schlag in "Rojawa". Außerhalb Südkurdistans und dessen politischer Linie schalteten sich die Kurden mit einer neuen Formation ein. Dies war neue eine Lage. Die Beziehungen zwischen Ägypten und der AKP und der Angriff auf das US-Konsulat in Libyen erforderten eine neue Einschätzung des radikalen Islam. In Ägypten gab es einen Putsch und in Syrien wurde die ÖSO ausgeschaltet und unter dem Deckmantel "syrische Opposition" entstanden dann mit Unterstützung der Türkei, der Saudis und Katars die faschistischen Vereinigungen IS, Al Nusra und ähnliche Banden. Und diese Vereinigungen haben gegen die Entstehung Kurdistans in Rojawa einen Krieg geführt, damit sollte der Boden für ein Eingreifen der Türkei bereitet werden. Es ist aber ein Traum der neuen Osmanen, in der Aleppo-Mossul-Region ein Territorium zu errichten. Damit strebt das "neue Sultanat" danach, die reichen Erdölfelder zu beherrschen wenn es auch nicht das Ausmaß der Herrschaft des osmanischen Reichs erreichen kann. Um dies zu realisieren, mussten die Grenzen überschritten werden. Deshalb wurde der IS in Gang gesetzt. Weil Misak`i – Milli an die kurdischen Gebiete grenzt, sollte der IS hauptsächlich in der Zone Rojawa-Mossul-Kerkük seine Angriffe verüben. Das hat zur Folge, dass das "Nahost-Projekt" Schaden genommen hat und eine neue Kraft - IS - sich formierte und sich an der Macht in der Region militärisch beteiligen wollte; natürlich haben die USA und die anderen westlichen Imperialisten dies nicht akzeptiert. Aus diesem Grund wurde der Kampf der YPG in Rojawa gegen den IS unterstützt.

Die Luftangriffe der Koalitionskräfte, die unter Führung der USA gebildet wurden, begannen erst nach diesen Vorgängen.

Das Projekt der Türkei beinhaltete das Vorhaben, auf keinen Fall eine organisierte kurdische Vereinigung in der Mossul-Aleppo-Zone zuzulassen. Und die Angriffe des IS auf Hewler und Dohuk waren ein Teil des Plans.

SCHIITISCH-SUNNITISCHE AUSEINANDERSETZUNG

Ein anderer Plan in der Region war, die schiitisch-sunnitischen Widersprüchlichkeiten zu vertiefen, um einer neuen Machtzentrale unter Führung Irans zuvorzukommen. Saudi-Arabien und die Türkei haben als Anführer dieser Zentralisierung auch im Jemen interveniert.

Im Jemen sollte der iranische Einfluss gebrochen werden. Deswegen wurde die geplante "Mossul-Operation" mit der die zentrale des Is Präsenz über Mosul gebrochen werden sollte verschoben, um mit einer neuen sunnitischen Formation den Iran dort fernzuhalten. Die westlichen imperialistischen Mächte, denen es nicht gelungen ist, das imperialistische Russland im Ukraine-Krieg in die Knie zu zwingen, haben den Abschuss des russischen Flugzeuges über der Türkei zum Anlass genommen, die Türkei in den Krieg mit Russland zu drängen. Das war ganz im Sinne der Türkei.

Auf der anderen Seite war der türkische Staat, der den IS-Terror nach Europa übertrug und mit der Flüchtlingskrise dem Westen "drohte", damit befasst, sein "Alleinsein" in dem Kriegsgebiet und seine Ausweglosigkeit gegenüber den Kurden zu überwinden. Politisch hat er dann sowohl Militärs in Baschikab rekrutiert als auch mit Saudi-Arabien und weiteren 32 Ländern eine sunnitische Koalition gebildet. Damit haben die Saudis nach Eröffnung eines Konsulats in Hewler eine noch aktivere Haltung gegen die kurdische Freiheitsbewegung eingenommen. Und Saudi-Arabien versucht, sich gegen die Ausbreitung und die Drohungen des schiitischen Irans zu schützen.

NEUE LAGE

Die herrschenden imperialistischen Kräfte scheinen in Syrien im Kampf gegen den IS auf der Seite Rojawas zu stehen. Diese Mächte bewerten die türkische Politik nicht positiv. Das bedeutet, dass sich bei der Neubildung Syriens aus kurdischer Sicht innerhalb der demokratischen Kräfte Syriens, die mit den kurdischen Bewegungen zusammen aktiv sind, eine neue Lage herausbilden wird. Wenn das Dschârabulus-Problem im Rahmen des Plans der neuen demokratischen Kräfte Syriens gelöst wird, dann sieht es so aus, dass der "Aleppo-Traum" der Republik Türkei beendet sein wird. Das bedeutet: Wenn mit dem Ende des "Aleppo-Traums" sich der Widerstand im Norden mit den Errungenschaften von Rojawa verbindet, könnte in Nordkurdistan eine neue wirksame Position entstehen. Damit werden die Pläne der Imperialisten, die vom Süden her geschmiedet wurden, nicht haltbar sein und die Rechnungen der Republik Türkei nicht aufgehen. Die Republik Türkei wird dies nicht so einfach verdauen können. Dies bedeutet, dass die Situation in Nordkurdistan mit weiteren Angriffen und Massakern mit der Entwicklung in Rojawa in

Zusammenhang steht; die Dimension der Angriffe auf das kurdische Volk wird sich dementsprechend heftiger fortsetzen. Der türkische Staat, der Syrien und Irak neu ordnen will, befindet sich im Vergleich zur Vergangenheit in einem landesweitem Bürgerkrieg.

GENF – DIE SOGEMNANTE 3. LÖSUNG

Die Friedensverhandlungen in Genf begannen am 02.02.2016 mit dem Ausschluss der demokratischen Kräfte Syriens und der Kurden von der Teilnahme an den Verhandlungen. Es hat sich erneut herausgestellt, dass nicht der Frieden gesichert, sondern dass der Krieg fortgesetzt werden soll.

Da das syrische Regime mit den mordenden Dschihadisten Ahrar, Al Sham und Tscheis-UI Ilsam, die als "Riad-Opposition" bezeichnet werden, kein Ergebnis erzielte, mussten die Verhandlungen auf den 25.02.2016 verschoben werden.

Auch wenn der Ausschluss der PYD und der syrischen Oppositionellen auf die Türkei und die Saudis zurück geht, ist bekannt, dass auch die Imperialisten, die in der Region ihre Herrschaft etablieren wollten, nicht für die Demokratisierung Syriens und für das Entstehen eines kurdischen Status waren.

Eine kurdische Nation ist eines der zentralen Probleme in Nahost. Die kurdische Nation, die durch den ersten Weltkrieg in vier verschiedene Teile aufgeteilt wurde, galt fast das ganze Jahrhundert über als ein Problem. Die Kurden, die aufgeteilt innerhalb der Landesgrenzen von Syrien, Iran, Irak und der Türkei leben, haben ihr Bestreben nach einer eigenständigen kurdischen Nation aufrecht erhalten und forderten ihre demokratisch-kollektiven Rechte ein, setzten sich für die Erhaltung ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihrer kulturellen Identität ein und strebten nach Herstellung regionaler Selbstverwaltung. Wegen dieser Forderungen wurden sie massakriert. Die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik dauert bis zum heutigen Tage.

Kurden, die die Demokratisierung der Türkei wollen, wurden ebenso wie ihre legalen Parteien HDP, HDK und andere Kräfte zur Zielscheibe gemacht. Der türkische Staat und die faschistische AKP-Regierung haben sich in Kurdistan ab Mai 2015 von den Friedensverhandlungen verabschiedet und mit über 10.000 Soldaten und Polizisten

Übergriffe in Türkei-Kurdistan durchgeführt. Dabei massakrierten sie Zivilisten in den Gemeinden und Städten und zwangen die Bevölkerung zur Umsiedlung. Sie gehen gegen die Kurden so vor wie damals beim Völkermord an den Armeniern, dabei versuchen sie, den Völkermord an den Kurden durch ein "Vertreibungs- und Zwangsumsiedlungsprojekt" zu vollziehen. Durch die Beurteilung historischer Prozesse ist es möglich, dies zu belegen. Und dies ist der Preis, der infolge des Kampfes kapitalistisch-imperialistischer Lager um die Vorherrschaft den Völkern in Nahost aufgebürdet wird.

DIE TÜRKEI UND IHR VERHÄLTNIS ZU DEN RÄUBERBANDEN IN DEN LETZTEN ZWEI JAHREN

Die offensichtlichste Eigenschaft der Ideologie türkisch-islamischer Synthese ist die Türkisierung und die sunnitische Islamisierung. Nach dem Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915 und der Ausrufung der Türkischen Republik im Jahr 1923 werden seit 1924 allen voran die Kurden und alle Ethnien (Chaldäer (Keldani), Rumen (Griechen), Tscherkessen, Araber etc.) bis zum heutigen Tag weiterhin türkifiziert.

Dieser Vorgang wird heute durch die AKP durchgeführt. Während die AKP-Regierung das Vorhaben durchsetzt, eine zentralisierte Sunna-Konfession des Islam im Mittleren Osten zu bilden, und diese Aktion zusammen mit Kräften wie den Dschihadisten – den salafistischen Mördern IS, Al Nusra u.ä. - durchsetzt, wird zugleich die Sunnisierung von Menschen alevitischen Glaubens in der Türkei fortgesetzt.

TÜRKEI-IS-KOLLABORATION

Die Selbstmord-Aktionen durch den IS in Diyarbakir (Amed), Suruç, Ankara und Sultanahmet sind Aktionen, die der türkische Staat ignoriert bzw. toleriert. Immer wenn die AKP-Regierung in Bedrängnis ist, lässt man im Namen des IS hier und dort Bomben explodieren.

Die Erfolge der demokratischen Kräfte Syriens im Kampf gegen den IS, an der auch die YPG beteiligt ist, können trotz aller Bestrebungen der Türkei nicht verhindert werden. Die Türkei kann die internationalen imperialistischen Mächte von ihrem Vorhaben, in

Dscharabulus (in Syrisch-Kurdistan) eine einflussreiche Gebietsherrschaft herzustellen, nicht überzeugen.

Wenn der türkische Staat die Stadt Dscharabulus, die er unter seiner Kontrolle hielt, den Kräften wie IS und Al Nusra hätte übergeben können, hätte er die Ausweitung seiner Gebietsherrschaft in Syrien durchsetzen können. Aber die USA und die EU sowie Russland haben das nicht akzeptiert.

Sein mangelnder Einfluss in Syrien und im Irak und das Fortschreiten und die Vorherrschaft des kurdischen Volkes in Syrien sowie der Kampf des kurdischen Volkes für ein eigenständiges Verwaltungssystem bringen den türkischen Staat, trotz Vernichtung und Metzelei, in eine noch schwierigere Lage.

Die Türkei hält es für wichtig, den Druck der in- und ausländischen Öffentlichkeit wegen der Massaker und Vertreibungen bei der Niederschlagung der widerständigen legitimen Selbstverwaltung in Türkei-Kurdistan zu mindern.

Die türkische Regierung will nach ihrer Vorstellung über den wirksamsten Weg – explodierende Bomben in Istanbul (Sultanahmet), Ankara, Suruç, Diyarbakır und sogar in Paris - für die Unterstützung der westlichen Kräfte in Syrien und Irak werben.

Sie hat auch gewissermaßen Erfolge erzielt, indem sie die Unterstützung von herrschenden Staaten aus dem Westen bekommen und deren Kritik an den verübten Massakern am kurdischen Volk zum Schweigen gebracht hat.

Die Türkei verhängt seit drei Jahren Ausgangssperren in den Städten, Kreisstädten und Stadtvierteln. Wasser und Strom sind abgeschaltet und die Lebensräume der Menschen sind durch die Bombardierungen zerstört. Die Folgen sind: Hunderte von Menschen, darunter nahezu 200 Kinder, wurden ermordet und 250.000 Menschen sind aus ihren Häusern und ihrem Land vertrieben und zur Umsiedlung gezwungen worden.

Es gibt keinen Menschen, der nicht weiß, dass der türkische Staat seit zwei Jahren ein enges Verhältnis zum IS hat. Tausende von IS-Militanten sind unter der Kontrolle des MIT nach Syrien eingesickert; wie die Medien mehrfach berichteten, hat der MIT Hunderte von IS-Militanten organisiert und sie nach Syrien gesandt.

Das eigentliche Ziel des türkischen Staates bei der Erklärung, gemeinsam gegen den Terror vorzugehen, sind die kurdische Freiheitsbewegung in der Türkei und die demokratisch-sozialistischen Kräfte in der Türkei und in Syrien.

Seine Hauptziele sind, „die Macht der herrschenden Staaten und der politischen Kräfte“ über die Belange der kurdischen Freiheitsbewegung zu gewährleisten. Die abgegebenen Erklärungen nach dem „Sultan-Ahmet-Massaker“ besagen nichts Anderes, als dass man über den Besatzungskrieg und das verübte Massaker am kurdischen Volk „hinweschauen“ soll. Es gibt keine andere Erklärung dafür.

Der türkische Staat bekommt die Kraft und den Mut für seine Vorgehensweise von der Europäischen Union, allen voran von Deutschland, und von den imperialistischen Mächten, die sich für ihre Profite an diesen Konflikten beteiligen.

Im Hintergrund der Unterstützung der westlichen Mächte für den türkischen Staat liegen imperialistische, expansive und hegemonistische Vorteile; sie unterstützen ihn mit Waffen, um die nationalen kurdischen und demokratischen arabischen Kräfte, die für die Demokratie und Freiheit kämpfen, zu bekriegen, wobei diese Art der Unterstützung in eine Unterstützung der Türkei für den IS, für Al Nusra ebenso wie an die faschistischen Salafisten und Dschihadisten umgewandelt wurde. Die Unterstützung des imperialistischen Russland für die faschistischen Assad-Kräfte dient ebenfalls imperialistischem Besatzungsstreben.

DIE ALEVITEN UND DER TÜRKISCHE STAAT

Die türkisch-islamische Synthese, auf deren Grundlage die Ideologie zur Gründung des türkischen Staates gebildet wurde, ist die offizielle Religion des Staates. Mit der Gründung des „Ministeriums für Religionsangelegenheiten“ wurden alle Glaubensrichtungen, die nicht islamisch sind, verboten und Menschen anderen Glaubens mit Massakern bedroht. Seit der Gründung des türkischen Staates wurden die Aleviten, eine Glaubensgemeinschaft von nahezu 20 Millionen Menschen, mittels staatlicher Politik verleugnet und darüber hinaus wurde ihr Glaube verboten und sie wurden massakriert und assimiliert.

Seit den 1990er Jahren bis zum heutigen Tage ignorieren der türkische Staat und die jeweiligen Regierungen die Forderungen der Aleviten nach einer demokratischen Türkei. Diese Haltung haben wir bei den Massakern in "Gezi" und in "Sivas" offensichtlich beobachtet.

Die AKP kann weder das Kurden- noch das Alevitenproblem lösen. Die Versprechen der AKP-Regierung, die Frage der Aleviten lösen zu wollen, sind eine Lüge bzw. eine Demagogie. Es ist unmöglich, dass die rückständige und faschistische Regierung, die sich von der Türkifizierung und von der Sunnitisierungsgesinnung nicht abwendet, das Problem der Aleviten lösen wird. Das erneute Aufgreifen der "alevitischen Öffnung" ist nicht die Lösung der Probleme. Tatsache ist, dass die Regierung mittels sunnitischer Tagespolitik die Aleviten hinzuhält. Die Aleviten sind politisch geworden. Sie wissen, wie sie ihr demokratisches Leben erreichen und verwirklichen können. Deshalb nehmen sie an dem Kampf für Demokratie und Freiheit aktiv teil. Die AKP sieht in diesem Engagement eine Gefahr.

Die Eingliederung in den Staat wäre die Fortsetzung der Assimilierung der Aleviten. Die Eingliederung der Aleviten in den Staat würde deren Assimilierung und sunnitische Islamisierung bedeuten. Die Ablehnung der Eingliederung bewahrt den Aleviten ihren Glauben, ihre Identität, ihre eigene Kultur und ein demokratisches Leben. Dadurch würden sie zur Demokratisierung der Türkei einen großen Beitrag leisten. Sie haben durch ihre distanzierte Haltung zum Staat ihren Glauben und ihre Kultur bis heute bewahrt.

KRIEGSOPFER

Die große Flüchtlings-/Asylwelle in diesem Jahrhundert, in dem wir leben, haben die europäischen Medien als eine "Asylkrise" großgeschrieben. Obwohl kein solcher Zustand bestand, den man als "Krise" bezeichnen kann, haben die Befürworter der Machtsysteme dieses Ereignis, bei dem es um menschliche Suche nach Lebenssicherheit und Wohlbefinden ging, als eine "Krise" definiert und haben in der Gesellschaft eine "große Gefahr" entstehen lassen und tragen damit zur Ausbreitung rückständiger und nationalistischer Ansichten bei.

Es ist beachtlich, dass die Solidargemeinschaft und die tolerante Kultur der europäischen Länder, trotz rassistischer und diskriminierender Meinungen, für die Flüchtlinge Fürsorge getragen und Hoffnung in Aussicht gestellt haben.

Weltweit werden in 46 Regionen Kriege oder Bürgerkriege geführt. Alle diese ungerechten Kriege sind direkte oder indirekte Folgen von wirtschaftlich-politischen Regierungskrisen des imperialistisch-kapitalistischen Systems.

Die aggressive Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der westlichen oder östlichen imperialistischen Staaten ist aktuell eindeutig die Ursache für die massenhafte Fluchtbewegung.

Fortschreitende imperialistische Machtbestrebungen in der Wirtschaft und der Politik der USA, der EU, Russlands, Chinas, Japans und Englands sind die Ursachen für den Ausbruch aller ungerechten Kriege.

Deshalb sterben Flüchtlinge, die in Ost- und Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten und in Fernost und auf dem Balkan keine Lebenssicherheit mehr haben und mit der Flucht in ein Abenteuer aufbrechen, auf dem Fluchtweg in den Fallen der "Todeshändler". Allein im Juli und August 2015 haben 2300 Menschen ihr Leben auf dem "Kreuzweg" verloren. Es waren überwiegend unschuldige Kinder und Frauen, die wie die Brüder Galip Kurdi und ihre Mutter, einen traurigen Tod erlitten haben.

Die Kapital-Barone reden mit ihren Unternehmungen den Arbeitern und den Völkern der Welt quasi ein "Zerstört eure alte Ordnung, zerstört eure alten Welten, führt überall Krieg gegeneinander, damit wir alles wieder in der freien Weltmarktwirtschaft erneut aufbauen können"; Flüchtlingen, die aus Lebenssicherheitsgründen aus ihnen aufgezwungenen Kriegen fliehen und für einen Zipfel Wohlstand Asyl suchen, begegnen sie mit allen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmitteln des "Vermögensbollwerks" Europa.

Diese politischen Folgen, die durch die Kriegspolitik der Herrschenden zustande gekommen sind, entlarven auch deren Doppelmoral.

Die Suspendierung des "Schengen-Abkommens" der EU durch Länder wie Deutschland, Österreich, Ungarn, Slowenien, Holland und Dänemark, die Rückkehr zu Grenzkontrollen und die Schließung der Grenzübergänge für die Menschen einerseits, andererseits der

freizügiger Kapitalmarkt in der EU sind ein Beweis dafür, dass Freizügigkeit nicht für die Menschen vorgesehen ist, sondern für die Kapitalgemeinschaft.

Das "Dublin-Abkommen", das vorsieht, dass die Asylsuchenden in dem ersten Land, in dem sie angekommen sind, erfasst werden, den Asylantrag stellen müssen und diejenigen, die diesen Auflagen keine Folge leisten, abgeschoben werden, fand aufgrund der massiven Verhaltensweisen der Flüchtlinge praktisch keine Anwendung mehr und wurde unbedeutend; sogar die ausübende Gewalt konnte es nicht anwenden.

Die Schilderungen des jungen Flüchtlings aus Syrien vor den Fernsehkameras ließen aufhorchen: "WIR WOLLEN UNSER HEIMATLAND NICHT VERLASSEN; es soll bloß keinen Krieg geben" - so einfach seine Antwort auf die gestellte Frage.

Die EU und Deutschland diskutierten eine Lösung zum Schutz der Landesgrenzen mit dem Thema "Obergrenze - Außengrenze"; mit der Devise "Wir sollten sie in die sicheren Länder zurückschicken" Es wurde sogar das Land Afghanistan, wo die NATO seit über 30 Jahren einen Krieg führt, in den Status eines sicheren Landes gestellt in das die Rücksendung der afghanischen Flüchtlinge im Benehmen mit dem Innenministerium erfolgen sollte.

Die EU und Deutschland bezeichnen die Asylsuchenden als Terroristen. Die visuellen und Print-Medien der herrschenden Kräfte schrieben Nachrichten wie "Die Terroristen des IS kommen mit syrischen Pässen" oder "Kriminelle Ausländer" und machten Flüchtlinge, die Kriegsoffer sind, zur Zielscheibe. Durch diese Nachrichten wollen sie die Solidarität der deutschen Öffentlichkeit mit den Flüchtlingen reduzieren. Eine andere Absicht solcher Nachrichten ist, zu nationalistischen Ansichten beizutragen.

Anstatt Maßnahmen zu ergreifen und dafür zu sorgen, daß die Asylsuchenden ein menschenwürdiges Leben führen können, diskutieren die Behörden und die Regierungen der EU darüber, wie man die Mauer erhöhen, die Landesgrenzen schließen und die Flüchtlingszuwanderung verhindern kann.

Die herrschenden Kapitalmächte der EU, allen voran Deutschland, sind bestrebt, ihre geo-strategischen, geo-ökonomischen und geo-politischen Profite zu schützen, die Transportwege unter ihrer Kontrolle zu halten, ungehindert an die Rohstoffquellen zu

gelangen, Kriege anzustacheln und Regierungsumbildungen zu erzwingen, um sogar in den abgelegensten Ecken der Welt durch den autoritären Neoliberalismus den freien Markt zu beherrschen.

Sie militarisieren ihre eigenen Gesellschaften, mit Waffenexport und Finanzhilfen werden despotisch-faschistische Regime wie die Türkei und Saudi-Arabien unterstützt, sie tragen zur Unterdrückung der demokratischen und sozialistischen Massenbewegung bei und sind bestrebt, freiheitliche und demokratische Umwandlungen zu verhindern.

DIE KRISENRESULTATE IN EUROPA

Die USA gerieten infolge der Immobilienkrise im Jahr 2008, der sich in kurzer Zeit auch die Industrie- und Bankenkrise anschloss, in eine internationale Krise. Diese kapitalistisch-imperialistische Krise hält seit 8 Jahren an und vertieft sich weiter.

Die herrschenden Kapitalmächte haben als Ausweg aus der Krise den Schritt unternommen, Kriege für ihre Gebietsvorherrschaft zu entfachen und gegen die Völker der Welt eine "neue" Wirtschaftspolitik zu betreiben; aber damit haben sie die Krise nicht lösen können. Vielmehr verstärkte sich der Wettbewerb und Herrschaftskrieg unter den Imperialisten. Weltweit wurden 60 Millionen Menschen von den durch die Imperialisten entfachten und geführten Kriege beeinträchtigt.

Zuletzt noch vor Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos am 19.01.2016 wurde in dem Bericht der englischen Hilfsorganisation OXFAM an die "Weltführer" appelliert, dass 1% des Vermögens der Reichsten der Welt dem Gesamtvermögen der restlichen 99% entspricht.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik führte dazu, wie der Bericht erweist, dass zwischen Arm und Reich die Schere zunehmend auseinander klafft. Armut und Not bestehen weiterhin und nehmen zu.

In den nächsten fünf Jahren werden fünf Millionen Betriebe geschlossen. Der Grund dafür sind die Roboter und die Digitalisierung. Die Industrie, die die Digitalisierung betreibt, wird zur Folge haben, dass sieben Millionen Betriebe geschlossen werden. Es werden laut dem genannten Bericht die EU und am meisten Deutschland von der negativen Entwicklung

des Arbeitsmarktes beeinträchtigt sein. Es werden eher mehr Frauen als Männer ihren Arbeitsplatz verlieren, Fahrzeuge ohne Fahrer, die von Robotern gesteuert werden, und Roboter als Krankenpfleger werden sich verbreiten.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland zeigt die verhängnisvollen Folgen (Resultate) des kapitalistisch-imperialistischen Systems auf.

Nach einem Bericht des Welternährungsprogramm "World Food Program" kämpfen 795 Mio. Menschen der 7 Mrd. Menschen gegen Hungersnot. Wenn man sich diese Zahl vor Augen führt, heißt es, dass jeder 9. Mensch Hunger leidet.

98 % der 795 Mio. gegen die Hungersnot kämpfenden Menschen leben in den unterentwickelten Ländern. Im Kampf gegen die Hungernot verlieren jedes Jahr 3,1 Mio Kinder im Alter bis zu fünf Jahren ihr Leben.

Neben diesen statistischen Daten befinden sich 162 Mio. Kinder wegen Unterernährung in einem kritischen Gesundheitszustand und erfahren ernstzunehmende Gesundheitsprobleme.

DEUTSCHLAND

Wenn in Deutschland eine Familie mit zwei Kindern ein Nettoeinkommen i. H. v. 1873.-Euro hat, dann bedeutet das, dass diese Familie an der Armutsgrenze lebt. Laut Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung aus dem Dezember 2015 lebt jedes fünfte Kind unter 15 Jahren unterhalb der Armutsgrenze.

Wenn wir die o. g. Statistiken über Monatseinkommen in Betracht ziehen, dann heißt das, dass 2,47 Millionen Kinder unterhalb der Hungers- und Armutsgrenze leben. 700.000 davon leben im Bundesland NRW. Die Städte Münster und Düsseldorf sind am stärksten betroffen.

Nach Untersuchungen der Hans-Böckler-Stiftung ist die Kinderarmut in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland größer.

In den westlichen Bundesländern ist die Kinderarmut am höchsten mit 33,7 % in Bremen, in den neuen Bundesländern liegt die Quote bei 33,5 %, in Mecklenburg-Vorpommern bei

28,7 %, gefolgt von Sachsen-Anhalt. Die höchste Kinderarmut besteht in der Region Oberpfalz. Die Anzahl der in Armut lebenden Kinder liegt in Düsseldorf bei 186.000, in Köln bei 145.000, in Hamburg bei 143.000 und in der Hauptstadt Berlin bei 136.000.

Laut Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung werden unter dem "Hilfsprojekt" jährlich 200 Mio. Euro an Familien mit Kindern ausgegeben. Unter dem Motto wie z. B. "Eltern-Chancen sind Kinder-Chancen" wird laut offiziellen Erklärungen argumentiert, dass das Familienministerium der Bundesrepublik Deutschland bezüglich dieser Angelegenheit durch insgesamt 160 Fonds Familien mit Kindern mit materiellen und fördernden Mitteln unterstützt.

Die Genozid-Aktion des türkischen Staates an Kurden im 101. Jahr des Völkermordes an den Armeniern

Obwohl der türkische Staat den Völkermord an den Armeniern leugnet, steht fest, dass das Osmanische Reich im Jahr 1915 den 1. Weltkrieg als Gelegenheit ergriffen hat, um den Genozid an den Armeniern zu vollziehen und hat damit innerhalb der türkischen Landesgrenzen einen der massivsten Genozide der Menschheitsgeschichte verübt. Dabei wurde ein ganzes Volk vollständig vernichtet.

In der Geschichte wurde ein ähnlicher Völkermord in der Zeit des Hitler-Faschismus am jüdischen Volk verübt. Bei diesem Völkermord war die Vernichtungspolitik nicht erfolgreich bei dem Versuch, das gesamte jüdische Volk vollständig auszurotten. Weil viele Juden weltweit verstreut waren, wäre das vollständige Ausmerzen des jüdischen Volkes nicht in Frage gekommen. Das Osmanische Reich aber hatte sich zum Ziel gesetzt, das armenische Volk von der Wurzel her auszurotten. Der Völkermord am jüdischen Volk ist später gewesen als der Völkermord am armenischen Volk. Es ist sogar zum Muster-Genozid für Hitler geworden. Deutschland hat sich für dieses Verbrechen bei dem jüdischen Volk und der Welt entschuldigt. Die Türkei entschuldigt sich nicht für das Verbrechen am armenischem Volk, sondern bezeichnet es als eine gegenseitige Auseinandersetzung und stellt es immer noch als normal und legitim dar. Bezüglich des Genozids am armenischen Volk wird der türkische Staat immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen, es wird auch keine Verantwortung hierfür übernommen. Trotz dieser Tatsache, dass der Mörder ein Mörder ist bewegt sich dieser Mörder frei in der Gesellschaft. Dieser Zustand ist beschämend für Welt.

Dieser Völkermord konnte wegen der Gegensätze zwischen diversen Staaten leicht verübt werden und Rechenschaft wird wegen der politischen Widersprüchlichkeiten untereinander immer noch nicht gefordert.

Kann es denn eine schlimmere Schande als diese überhaupt geben?

Eigentlich ist die ganze Welt seit 1915 ein Komplize des türkischen Staates. Weil der türkische Staat für den Völkermord an den Armeniern nicht zur Rechenschaft gezogen wird, betreibt er gegenwärtig eine Vernichtungspolitik am kurdischen Volk.

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit werden dessen Siedlungsgebiete bombardiert und Menschen werden, ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder, getötet. Die Kurden werden aus den Städten, in denen sie sich aufhalten, vertrieben. Es ist sogar die Rede davon, dass auswärtige Türken oder andere Bevölkerungsgruppen geholt und auf kurdischem Boden angesiedelt werden.

So wie es beim Völkermord an den Armeniern der Fall war, rechtfertigt der türkische Staat seine Vorgehensweise in der Art, dass der Grund für seine aggressive Vorgehensweise die Jugendlichen seien, die ihre Wohnsiedlungen gegen die staatliche Aggression schützen. Er besetzt den kurdischen Boden, betreibt eine Vernichtungspolitik an Kurden und beteuert diese Vorgehensweise als legitim.

Der türkische Staat führt diese Handlungen deshalb durch, weil er sich darauf beruft, Mitglied der NATO und ein Teil von Europa zu sein und zwar mit den Waffen, die ihm Europa und die USA gegeben haben! Nun, welcher einer mit Gewissen und Gerechtigkeit könnte behaupten, dass Europa und die USA an dem Vorstoß zum Völkermord nicht beteiligt sind? Der Vorstoß zum Völkermord an den Kurden ist auch nicht etwa eine Handlung, die in der Geschichte verborgen geblieben ist, sondern die Vernichtungshandlung an den Kurden wird stündlich und jeden Tag verübt.

Komplizenschaft des türkischen und des deutschen Staates

Sie haben den Völkermord am armenischen Volk im Jahre 1915 verschwiegen, stattdessen ihre profitablen Beziehungen vorgezogen. Als ob die Unterstützung des türkischen Staats durch Deutschland nicht genüge, leistet Deutschland derweil dem türkischen Staat bei seinem Massakrierungsvorstoß gegen die Kurden eine große Unterstützung.

Es ist sehr bedenklich, dass die Bundeskanzlerin sowohl zum Gedenktag des 101. Jahres des Völkermordes am armenischen Volk als auch zum Zeitpunkt des Völkermordes an den Kurden in die Türkei gereist ist und mit Ahmet Davutoğlu Arm in Arm ihren Besuch abgestattet hat. Entweder weiß die deutsche Bundeskanzlerin nicht, was sie tut oder sie unterstützt bewusst den türkischen Staat bei der Durchführung des Völkermordes am kurdischen Volk. Man könnte fast annehmen, dass es das Schicksal des deutschen Staates ist, einen Genozid zu verüben oder sich daran zu beteiligen.

Bei diesem Problem ist der sensibelste Punkt der, dass Deutschland zu seinem Vorteil die Völkermordpolitik des türkischen Staates unterstützt, was allem voran gegenüber dem deutschen Volk als eine Beleidigung zu bezeichnen ist. Niemand hat das Recht, dem deutschen Volk eine solche Anklage zuzuschreiben. Insbesondere deshalb nicht, weil ein Volk, das wegen des Völkermordes am jüdischen Volk ein Trauma erlitten hat, nicht als Komplize an dem neuen Völkermord einbezogen werden darf.

Der Völkermord am armenischem und am kurdischen Volk ist und wird mit dem gleichen Ziel verübt, um eine einzige nationalstaatliche Ethnie herzustellen! Wenn dann noch die befürchtete Verkleinerung des Imperiums hinzukommt, wird ein solcher Völkermord noch brutaler exekutiert.

Das Osmanische Reich hat im Verlauf und im Rahmen des 1. Weltkrieges Armenier und Deutschland hat im Verlauf und im Rahmen des 2. Weltkrieges Juden massakriert, und die Türkei nutzt die Gelegenheit im vermeintlichen „3. Weltkrieg“, einen Völkermord am kurdischen Volk zu begehen. Tatsächlich ist es so, dass der türkische Staat sich den Zustand des kalten Krieges zu Nutzen macht und die Kurden an die Schwelle der Vernichtung gebracht hat.

Der türkische Staat möchte während des „III. Weltkrieges“ im Nahen Osten einen Völkermord an den Kurden verwirklichen. Das bedeutet, dass die Völkermörder immer einen Krieg benötigen um solche Handlungen durchzuführen. Der türkische Staat begründet sein

Vorgehen damit, dass er sich selbst während des „III. Weltkrieges“ im Nahen Osten verteidigt.

Die AKP-Regierung, die sich als neue Herrscherin des türkischen Staates gibt, bedient sich ähnlicher Legitimationsargumente für ihren Genozid in der Türkei wie andere Verbrecher. Sie will auch einen Genozid in Rojava durchführen. Obwohl sie sich mit dem IRAN und dem Regime von ASSAD im Streit befindet, arbeitet sie an diesem Punkt mit ihnen gemeinsam. Die gemeinsamen Erklärungen der Vertreter der Türkei und des Iran zu der Problematik in Syrien und die Behauptungen, dass die Türkei mit den Vertretern von Syrien Gespräche in Algerien führt, können nur so gedeutet werden.

Tatsache ist, dass der türkische Staat seine Innen- und Außenpolitik danach orientiert einen Völkermord an den Kurden zu begehen. Aus dieser Sicht ist der türkische Staat ein Völkermordstaat. Daher ist der türkische Staat als Besatzer-Annexionismus-Völkermörder-Faschisten-Staat zu bezeichnen. Meine Feststellung, dass die Profitbeziehungen zwischen Deutschland und Türkei wichtiger sind, wurde auch in der Rede des deutschen Innenministers de Maiziere vom 04.02.2016 deutlich. Er sagte: „Ich rate denjenigen, die Tag und Nacht unsere Kritik an die Türkei erwarten, es aufzugeben.“

Wir haben Vorteile. Natürlich gibt es Themen, die wir kritisieren werden. Aber wenn wir den Flüchtlingsstrom aus der Türkei verhindern wollen, sind wegen der wechselseitigen Vorteile auch Gegenleistungen zu erbringen.“ Mit diesen Abschlussworten der Rede des deutschen Innenministers Herrn de Maiziere ist gemeint, dass der türkische Staat als Gegenleistung einen Vorstoß zur Massakrierung des kurdischen Volkes vornehmen kann sowie gegen die demokratischen und sozialistischen Kräfte vorgehen und Journalisten sowie Intellektuelle als Landesverräter und Terror-Unterstützer bezichtigen kann. All die Terroraktionen und Massaker des türkischen Staates für nichtig zu erklären, ist sozusagen ein Spiel für „Blinde und Taubstumme“. Und dies tun sie auch.

Ebenso wie M. Delila in seiner Kolumne der Zeitung „Özgür Politika“ zur Sprache gebracht hat:

„Der Völkermord am armenischem Volk ist nicht, wie angenommen, eine Vergangenheitsgeschichte. Es ist „gestern“ gewesen. Es ist sogar heute gewesen. Es ist sogar so zeitnah, als ob es heute passiert ist. Diese Erde riecht noch nach dem Schweiß der Armenier. Sie haben auf diesem Boden große kulturelle Errungenschaften hinterlassen. Die Türkei ist innerhalb ihrer heutigen Grenzen auch die Heimat der

Armenier, Kurden, Armenier Assyrer, Aramäer, Türken, Tscherkessen, Lasen und Griechen können in der gemeinsamen demokratischen Heimat wie Geschwister zusammenleben. Sofern sie nicht an einer national staatlichen Herrschafts- und Monismus-Gesinnung festhalten und nicht die Ansicht eines unitären Staatssystems vertreten, gibt es kein Hindernis für die wechselseitige Verständigung der Völker und der gemeinsamen Teilhabe. Diese Regionen sind ohne Armenier und Aramäer ausgetrocknet. Der Völkermord an den Armeniern hat weder den Kurden noch den Türken etwas genutzt. Der Völkermord am armenischen und aramäischem Volk den Kurden und Kurdistan geschadet.

Die schlimmste Katastrophe!

Würde der türkische Staat überhaupt den Assyrern, Aramäern, Chaldäern und den Armeniern erlauben, in ihrem Mutterland, in dem sie seit tausenden von Jahren lebten, zu leben, wenn er heute dabei ist, die auf diesem Boden lebenden Kurden zu eliminieren? Ist denn von einem solchen Staat, der keine demokratische Gesinnung und keinen Sinn für einen demokratischen Staat hat, abgesehen von einem gemeinsamen Zusammenleben für ein kollektives Heimatland, zu erwarten, dass er sich für die vollzogenen Völkermorde je entschuldigt? Wird denn ein Staat von einer solchen Gesinnung überhaupt der Verpflichtung, sich zu entschuldigen nachkommen?

Der Völkermord am armenischem Volk ist tatsächlich passiert. Jawohl, das ist eine schlimme Katastrophe. Und zwar eine Katastrophe des Völkermordes. Weil diese Handlung ohnehin eine Katastrophe ist, nennen die Armenier den Völkermord „die größte Katastrophe“. Denn ein Völkermord ist für ein Volk die größte Katastrophe. Aus dieser Perspektive betrachtet ist der Umstand, dass der US-Präsident, das Geschehen mit „schlimmer Katastrophe“ bezeichnet, um den Begriff Völkermord nicht zu nennen, genauso eine Interessen geleitete Verleugnung wie die Aussage, es habe gar keinen Völkermord gegeben, es sei bloß ein Gemetzel gewesen.

Im 21. Jahrhundert Rechenschaft für diesen Völkermord nicht zu fordern, ist beschämend. Es besteht der Verdacht, dass man auf diese Weise ein Druckmittel gegen die Türkei in der Hand behalten möchte

Jeder müsste heute im 21. Jahrhundert vom türkischen Staat die Rechenschaft wegen des Verbrechens an der Menschlichkeit verlangen. Auch die Völker in der Türkei sollten vom türkischen Staat verlangen, dass er sich wegen des Völkermordes an den Armeniern bei den Armeniern und bei der Weltbevölkerung entschuldigt, um sich von dem beschämenden Verbrechen freimachen zu können.

Die Türkei muss ihre Bevölkerung von diesem traumatischen Zustand befreien. Wenn die Türkei sich von diesem traumatischen Zustand freigemacht hat, wird der heutige Völkermord an Kurden nicht möglich sein. Aus diesem Grund ist es eine menschliche Aufgabe, das Thema „Völkermord an den Armeniern“ auf die Tagesordnung zu setzen und die Türkei zur Entschuldigung zu zwingen.

Die Resultate der Katastrophen infolge der Massenmorde an Kurden durch den türkischen Staat, den dieser seit August 2015 verübt, werden im Bericht der „Stiftung für Menschenrecht“ der Türkei wie folgt dargestellt:

Innerhalb von 8 Monaten (In dem Zeitraum von 16. August 2015 – 20. April 2016) wurden in den kurdischen Städten 338 Zivilpersonen, darunter 78 Kinder, getötet. In 22 Städten wurde 68 mal Ausgangssperren verhängt. Die Existenzgrundlage und die Gesundheitsversorgung von 1,642 Mio. Menschen ist zerstört worden und mindestens 355.000 Menschen sind gezwungenermaßen weggezogen. So, da haben wir`s! Wieder ein Völkermord, genauso wie im Jahr 1915, wodurch die Würde des Menschen auf Zahlen reduziert wird.

Sehr geehrte Senatsmitglieder,
dass wir heute „hier“ sind und Sie über eine Verurteilung befinden, ist eine Folge der schmutzigen politischen Beziehung der deutschen Regierung mit dem türkischen Staat, der ein Verbrechen an der Menschlichkeit begangen hat. Unser Wunsch und unser Kampf, dass die Türkei demokratisch wird und das demokratische System einhält, ist kein Terror. Im Gegenteil. Unser Bemühen und unser Kampf ist lediglich dafür, dass in der Türkei für das kurdische Volk, für die demokratischen und sozialistischen Kräfte sowie für die Alewiten und andere Gläubige, die keine fundamentalistischen Muslime sind, und anderen Ethnien ein gemeinsames Leben in Demokratie und Freiheit ermöglicht wird, und gegen die terroristischen Vorgehensweisen des türkischen Staates Stellung zu nehmen.

Diejenigen, die diese Wahrheit nicht sehen und uns inhaftieren und verurteilen, werden irgendwann vom Gewissen Europas und der Völker in Deutschland selbst verurteilt werden.

Sehr geehrte Senatsmitglieder,

obwohl bekannt ist, dass die türkische Regierung mit dem Islamischen Staat „DAIS“ (IS) kollaboriert, wird der Türkei eine Hilfe von Milliarden Euro als Gegenleistung für den Flüchtlingstopp geleistet.

Und die deutsche Regierung tut so, als ob das alles nicht gewesen ist und verhaftet hier kurdischstämmige Politiker, die politische Aktivitäten betreiben, türkischstämmige Demokraten und Sozialisten und lässt sich für „schmutzige“ politische Vorgänge instrumentalisieren.

Wegen dieser verantwortungslosen Vorgehensweise des deutschen Staates nimmt die Spannung in Nahost zu.

Deutschland und die europäischen Staaten, die bis in jüngste Zeit noch wegen ihrer wirtschaftlichen Vorteile kein Wort über den Völkermord an Armeniern verloren haben und zudem teilweise daran beteiligt waren, treten heute mit ihrem Stillschweigen über die Vergehen an Kurden, Demokraten, Sozialisten, Journalisten und Intellektuellen und Aleviten die Würde mit Füßen.

Darüber hinaus sollte stattdessen die kurdische Nation bei den Bemühungen des kurdischen Volkes für den Frieden ihren Beitrag zu leisten unterstützt werden und das PKK-Verbot und das Verbot von demokratisch-sozialistischen Aktivisten aufgehoben werden.

Die kurdischen Frauen

Pelsin Tolhildan:

„Sie können trotz Belagerung die tanzenden Frauen nie besiegen.“ Das sagen sie, ja sie sagen es richtig.

Sie können unter der Belagerung das zum Tanz auffordernde Lied nie besiegen. Weil sie seit tausenden Jahren den Wind nicht besiegen, der für diese Frauen Lieder ununterbrochen bringt. Dieser Wind spricht mit den kurdischen Frauen. Er pflanzt die schönsten Epen in ihren Herzen ein. Die Legenden gewordenen, die Legenden

schreibenden kurdischen Frauen werden in der Morgendämmerung, unter der heißen Sonne und in der dunklen Nacht in den Herzen aufgenommen. Die Größe von Sema Yüce wird in die Ohren geflüstert. Die kurdische Frau erlebt aus ihrer Asche ihre Wiedergeburt. Die Geschichte ist Zeuge, wie die kurdische Frau leidenschaftlich mit dem Widerstand, mit der Liebe und dem Frieden das Leben, die Liebe, die Gerechtigkeit aus dem Nichts errichtet. Sie sind die Göttinnen, die über eine schöpferische und kulturelle Kraft verfügen. Sie kennen ihre Vergangenheit, sie stehen mit festen Beinen auf dem Boden ihrer Heimat. Die kurdischen Frauen sind Töchter einer Widerstandstradition. Sie sind der lebende Geist von Savusga und der Anahito. Als ihre Heimat vom iranischen Staat besetzt wurde, waren sie diejenigen, die sagten: „Wer seinen Vater und Brüder liebt, soll sich wie ein Mann kleiden und sich an dem Krieg beteiligen, aber diejenigen, die in die Hände der Iraner fallen wollen, sollen zu Hause bleiben.“ Sie sind die Enkelkinder der Hatun Sahnaz, die mit 500 Frauen die Garnison überfiel und die Iraner besiegte. Sie sind die Genossinnen der Leyla Qasimlo, die vor ihrer Hinrichtung erklärte: „Sie können mich töten, aber vergessen sie nicht, Tausende von Kurden sind aus ihrem Schlaf erwacht. Ich bin glücklich, weil ich mein Leben für die Freiheit von Kurdistan opfere“ und ging erhobenem Haupt zum Galgen. Sie sind die Schwester der Mutter Gülnaz, die erklärte: „Dieser ist mein Sohn, ich habe ihm für den heutigen Tag meine Milch gegeben. Wenn ich nicht gesehen hätte, dass er für die Sache Kurdistan sein Leben gibt, wäre ich sehr enttäuscht gewesen. Diese Frauen sind Genossinnen von Zarife Bese und der Frauen, die sich in den Bergen von Dersim und Geliye Zilan in die Tiefe stürzten. Sie sind die Genossinnen der Frauen, die in den Bergen im Kampf gefallen sind. Sie sind Mütter von Yilmaz Güney, der erklärt hatte: „Ich lebe das Leben nicht für mich und habe auch vor nichts Angst. Ich weiß, was auf mich zukommen kann. Wir werden dem Feind zum Trotz weiterleben.“

So wie P- Tolhildan erklärte: „Das ist eine soziologische Realität. Die Frauen, die Kinder, die jeden Tag unter der Belagerung erschossen werden, müssen richtig verstanden werden, ihre Geschichte muss richtig studiert werden. Die Menschen verlassen ihre Heimat nicht freiwillig. Wenn sie ihr Leben für Frieden und Krieg einsetzen, und den toten Körper ihrer Kinder umarmend nach Widerstand rufen“, müssen wir diese Realität soziologisch analysieren.

„Das ist nicht nur ein soziologisch betrachteter Widerstand. Das ist ein gesellschaftliches dialektisches soziales Phänomen. Wie kein Gras ohne Wurzeln wachsen kann, so kann es den Widerstand einer Gesellschaft ohne Vergangenheit und Geschichte nicht geben.

Keine Arbeit und Einsatz geht verloren, sie bleiben in der Ewigkeit des Universums. Weil die kurdische Frau über dieses Bewusstsein verfügt, führt sie heute den Widerstand an.

Wenn heute in Cizre, Silopi und Amed aus der Luft Häuser, die Straßen und Stadtteile bombardiert werden, Menschen in ihren Wohnungen, auf der Straße ermordet werden und trotzdem der Widerstand sich fortsetzt, kann dies nur mit der Tradition eines sozialen Widerstandes erklärt werden.

Die kurdischen Frauen entwickelten im Krieg die Kriegsstrategie und lehren das Leben zu lernen. Sie wollen nicht alleine gelassen werden, sie erwarten auch bei diesem Widerstand die Unterstützung der türkischen, armenischen, deutschen, französischen, englischen, lateinamerikanischen Frauen, weil dieser Widerstand auch die Freiheit dieser Frauen mit sich bringt.

Die kurdischen Frauen singen unter der Belagerung die Freiheitslieder. Sie erwarten deine Solidarität, erhebe deine Stimme mit ihnen, damit die Freiheit und Gleichheit sich durchsetzen.

„Sie wollen trotz ihres Leids den Kampf voranbringen. Sie tun das mit ihren Aktionen, mit ihrem Widerstand, mit ihren Gesängen, mit dem Kunst, mit der Politik und mit sich selbst organisieren.

Sie glauben, dass dieser Widerstand nur weiter gestärkt werden kann, wenn sie nicht alleine gelassen werden. Diese Entschlossenheit verdient die Solidarität, sie lassen ihre Tür für die Freiheit, die Brüderlichkeit, die Freundschaft, den Frieden und die Gerechtigkeit offen. Wir sollen den Mut haben uns mit ihnen zu solidarisieren.

Hohes Gericht

Das kapitalistisch-imperialistische System produziert stets gegnerische Lager und regionale Kriege. Solange dieses System besteht, so lange wird es auch weiterhin Katastrophen geben, die durch die Kriege entstehen. Ich gehöre zu denjenigen, die die

Meinung vertreten, dass es erforderlich und notwendig ist, dass die Völker gegen das wildernde kapitalistische System ihren anti-imperialistischen Kampf führen.

Das Privateigentum über die Produktionsmittel des herrschenden kapitalistisch-imperialistischen Systems dient nicht der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft, sondern es dient dem Profit. Ich denke, dass ein System nötig ist, in dem eine Produktion der Art funktioniert, die auf die Bedürfnisse der Gesellschaft reagiert.

In der Anklageschrift schreiben Sie, dass gegen mich ein Verfahren wegen Unterstützung einer "terroristischen" Vereinigung eingeleitet worden ist.

Die Basis meines politischen Kampfes ist, gegen nationale Diskriminierung, die Ausbeutung der Arbeiterklasse und gegen die Unterdrückung des diskriminierten Volkes aufzustehen. Meiner Meinung nach steht fest, dass es in der Türkei ein ernsthaftes und andauerndes Terror-Problem gibt.

Die diskriminierende Politik des türkischen Staates dauert seit der Zeit des Osmanischen Reiches an.

Kurz vor dem Umsturz des Osmanischen Reiches übernahm das türkische "Komitee für Einheit und Fortschritt" die Führung und leitete den Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915 ein. 1,5 Mio. Armenier wurden ermordet.

Karl Liebknecht bringt in seinem Antrag beim deutschen Parlament am 11. Januar 1915 diesen Völkermord auf die Tagesordnung. Am 29. September fasst "von Jawof" im deutschen Reichstag die Haltung Deutschlands folgendermaßen zusammen: "Auch wenn aus menschlicher Sicht der Zustand der Armenier uns traurig macht, schützen die Türken unsere Flügel und leisten für uns große Dienste. In diesem Fall werden Sie, meine Herren, akzeptieren, dass wir unsere Allianz mit den Türken wegen der Armenierfrage nicht auflösen können."

Nach der Gründung der türkischen Republik sind die Kemalisten gegen das kurdische Volk vorgegangen und haben in Koçgiri, Zilan, Ağrı und dann im Jahre 1938 in Dersim Völkermorde begangen. Die kurdische Identität, die kurdische Sprache und die kulturellen

Rechte der Kurden wurden ausgeschaltet und die verleugnende, vernichtende und aggressive Politik wird bis zum heutigen Tage fortgesetzt.

Ich habe gegen den politischen Umgang des türkischen Staates mit dem kurdischen Volk, das seine demokratischen Rechte für die Bildung einer kurdischen Nation einfordert, indem er Kurden durch Ermordung unterdrückt, politische Arbeit geleistet. Darüber habe ich geschrieben, ich habe es kritisiert und bei Podiumsdiskussionen Reden gehalten. Dabei habe ich mein Argument vorgebracht, dass das kurdische Volk das Recht hat, einen eigenen Staat zu gründen.

Noch einmal, seit der Gründung der Republik bis heute wurden Aleviten, die in der Bevölkerungsanzahl 20 Mio. sind, massakriert und sie erfahren immer noch Verbote. Weiter habe ich die Ansicht vertreten, dass die alevitische Bevölkerung das Recht auf freie Glaubensausübung hat. Ich habe gegen die polizeiliche und militärische Gewalt und Unterdrückung des Staates der Republik Türkei gegen die Aleviten für die Religions- und Gewissensfreiheit Stellung bezogen und das tue ich weiterhin.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Senatsmitglieder,

Am 15. Juli 2016 um 22:15 sind wir Zeuge eines Herrschaftskampfes innerhalb des türkischen Staates geworden.

Bei diesem Kampf handelt es sich um einen Herrschaftskampf des „Banditen“ über den Staat. Wenn wir die postmodernen Machtergreifungen in der Geschichte der türkischen Republik nicht dazu zählen, ist dieser Militärputsch der vierte Putsch. Sämtliche Machtergreifungen waren gegen das kurdische Volk, die Freiheitsbewegung und die demokratische Opposition gerichtet.

Nach dem Militärputsch von 1980 wurden gegen 600.000 Menschen Prozesse geführt und Haftstrafen zwischen 5 und 20 Jahren verhängt. Von den Verurteilten waren 95% Anhänger oder Mitglieder der demokratischen Opposition.

Das Ziel der Putschisten war es, breite Volksbewegung niederzuschlagen und Nationalismus und Fundamentalismus zu verbreiten und zu verankern. Dabei bildete der sunnitische Islam die Grundlagen der Ideologie der Türkischen Republik. Die Putschisten machten sich diese Ideologie zu eigen und führten sie weiter.

Die Türkisierung und Sunnitisierung durch die herrschenden Kräfte des türkischen Staates sollen das grundlegende Fundament des Staates werden.

Die nicht-islamischen Minderheiten, Völker und andere Minderheiten wurden durch Massaker gezwungen, sich diesen zu unterwerfen, und diese Politik führen sie auch heute noch weiter. Türkisierung und Sunnitisierung wurden immer parallel geführt.

Die Geschichte des türkischen Staates ist die Geschichte von Massakern.

Ich möchte hier nur ein paar Beispiele nennen.

1915: Massaker an Armeniern.

1921: Kocgiri,

1924-1925: Agri-Zilan,

1938: Dersim.

Wiederum die Angriffe und das Massaker gegen die Griechen am 6. Und 7. September 1950 in Istanbul.

Das Massaker am 1. Mai 1977 auf dem Taksim Platz.

Die Massaker gegen die Aleviten in Maras 1979, 1980 in Corum, das Massaker im Stadtteil Gazi und das Madimak Massaker in Sivas.

Das Massaker in den Gefängnissen im Jahr 2001.

Die Massaker gegen die Kurden in den neunziger Jahren haben sich in dem Jahr 2015 in einen Genozid verwandelt und gehen weiter.

Die Forscher, Intellektuellen und Schriftsteller definierten und definieren heute noch die Geschichte der türkischen Republik als die Geschichte der Massaker gegen die „4K“ (Kommunisten, Kurden, Kizilbas (Aleviten) und Kadinlar (Frauen)).

Nachdem die AKP am 07. Juni 2015 bei den Wahlen die Mehrheit verloren hat, verhinderte Staatspräsident Tayyip Erdogan die Bildung einer Regierung durch die anderen Parteien.

Im Anschluss daran erklärte er, dass er die geführten Gespräche für die Lösung der kurdischen Frage nicht anerkennt. Er eröffnete gegen das kurdische Volk, die demokratische und sozialistische Opposition, einen Krieg. Er ließ durch Tausende von Militärs die kurdischen Städte bombardieren und zerstören.

Tayyip Erdogan anerkannte das Wahlergebnis nicht, ordnete die Durchführung von Neuwahlen an und startete gegen die demokratische Opposition eine Lynch-Bewegung. Er ließ Oppositionelle verhaften und ermöglichte auf es diese Weise der AKP wieder an die Macht zu kommen. Das Parlament wurde wirkungslos gemacht und dadurch sicherte er seine Diktatur.

Vor dem Putsch formulierte er die Parole „eine Nation, eine Sprache, eine Religion“. Er missbrauchte sunnitischen Islam zu seinem Vorteil, erklärte den Putschversuch als „Allahs Geschenk“ an sich, er instrumentalisierte den Putschversuch, um seine Diktatur zu stabilisieren, erklärte seinen alten Mitstreiter Gülen und die Gülen-Gemeinde zur Terrororganisation und fing an Tausende von Menschen aus dem Staatsdienst zu entfernen. Er fing an, mit Hilfe der Polizei, die er kontrolliert, die Militärs, das Justizsystem und das Bildungssystem unter seine Kontrolle zu stellen. Das nicht vorhandene Rechtssystem wurde völlig abgeschafft. Die Untersuchungshaft wurde auf 30 Tage erhöht. Somit wurde die Folter legitimiert. Jeder konnte bei den Festgenommenen die Folterspuren am Bildschirm eindeutig sehen.

Laut Bericht des Senders „ATV“ vom 17.06.2016:

Wurden 2747 Richter und Staatsanwälte aus ihrem Amt entlassen. Gegen sie wurden Ermittlungen eingeleitet und Haftbefehle erlassen. Es wurde erklärt, dass davon 140 dem hohen Rat der Richter und Staatsanwälte Rat angehörten. Sie werden als Vertreter der Gülen-Bewegung im Staat beschuldigt.

Weiterhin wurden laut dem Sender „NTV“ 2893 Militärangehörige verhaftet. Darunter befinden sich 42 Generäle. Es wurden ca. 40.000 Lehrer aus ihrem Amt entlassen. Nach ihrer eigenen Darstellung haben sie mit der „Säuberung“ begonnen.

Die „Säuberung“ dauert an, ohne dabei an Geschwindigkeit zu verlieren.

Der Druck auf die Demokraten, Akademiker, Intellektuellen, Journalisten und Sozialisten wird verstärkt weitergehen.

Der Genozid und das Massaker sowie die Verleumdung des kurdischen Volkes wird weitergehen.

Die Wirtschaftskrise und politische Krise wird sich in der Türkei vertiefen. Das bedeutet mehr Unterdrückung und mehr Ausbeutung. Der Druck auf die Arbeiter, Werktätigen und das Volk wird sich verstärken.

Für die Kommandanten und Polizisten, welche in Kurdistan massakrierten, wurden Sondergesetze erlassen, um sie vor möglicher Verurteilung zu schützen. Nach dem gescheiterten Putschversuch wurden sie zu „Vaterlandsverrätern und Putschisten“ erklärt.

Schauen wir mal kurz die Einsatzgebiete der verhafteten Generäle an. Es waren diese Generäle, die in Kurdistan den Krieg führten. Der türkische Staat hat seit dem 24 Juli Kurdistan in ein Blutbad verwandelt.

In Cizir, Nisebin, Silopi, Fargin (Silvan), Geve (Yüksekova) und Sirnak Kriegsverbrechen begangen.

Ja, die Generäle, die diesen Krieg geführt haben, wurden verhaftet.

Dieses Verfahren ist nicht legitim und gerechtfertigt. Der letzte Putschversuch und die Errichtung der Ein-Mann-Diktatur von Recep Tayyip Erdogan hat das mit aller Deutlichkeit klargemacht. Es gibt überhaupt keine Gründe für dieses Verfahren gegen uns. Wir leben seit langer Zeit in verschiedenen europäischen Ländern. Wir haben keine gesetzeswidrigen Aktionen durchgeführt. Es werden gegen uns auch keine konkreten Straftaten vorgeworfen. Dieses Verfahren wurde auf Wunsch des türkischen Staates gegen uns eingeleitet und eröffnet. Gegen uns erhobene sogenannte „Beweise“ wurden vom türkischen Staat zu Verfügung gestellt. Diejenigen, die diese sogenannten „Beweise“ gegen uns vorgelegt hatten, wurden wegen der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und der Ausstellung gefälschten Urkunden beschuldigt und verhaftet.

Wir wurden aufgrund dieser sogenannten "Beweise" verhaftet und auf deren Grundlage möchte man uns verurteilen.

Die Befürworter der Demokratie, des Friedens und die Kriegsgegner werden als „Vaterlandsverräter“ beschuldigt, verhaftet und angeklagt.

Die Menschenrechtsorganisationen berichten immer wieder, dass der türkische Staat gravierende Menschenrechtsverletzungen begeht und sich in Kurdistan wegen Kriegsverbrechen schuldig macht.

Der türkische Staat führt Krieg gegen die Kurden, Demokraten, Aleviten, Sozialisten, Intellektuelle und nicht moslemische Minderheiten. Unser Volk setzt sich für die Demokratie und Menschenrechte ein.

Wir unterstützen den Demokratie- und Freiheitskampf unseres Volkes.

und sind bereit, dafür auch den Preis zu zahlen.

Ich werde, wie immer schon, auch in Zukunft den Kampf für Demokratie und Freiheit in der Türkei und in der ganzen Welt, gleich welches Land, unterstützen, meine Meinung sagen und meine Kritik fortsetzen.

Demir Musa